

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die Sachsen-Zeitung erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Dresden 2,30 Mark, bei Postbestellung 2,50 Mark. — Markzusatz für den Postweg 20 Pfennig. — Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen u. a.

Nr. 131 — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Freitag den 6. Juni 1924

## Regierungsprogramm im Reichstag.

### Das zweite Kabinett Dr. Marx.

Es hat sich also keinerlei Veränderung vollzogen, mit Ausnahme des Umstandes, daß diesmal die Bayerische Volkspartei nicht bei den Regierungsparteien ist und sich wahrscheinlich mit den Deutschnationalen auf eine Linie stellen wird. Wie die Besetzung des offenen Postens des Justizministeriums, der im ersten Kabinett Marx von der bayerischen Volkspartei durch ihr mittlerweile vom Amte zurückgetretenes Mitglied Dr. Emminger besetzt wurde, vor sich gehen soll, steht noch dahin. Die Ministerliste setzt sich also wie folgt zusammen:

- Dr. Marx, Reichskanzler (Zentrum),
- Dr. Jarres, Vizekanzler und Inneres (D. Sp.),
- Dr. Stresemann, Äußeres (D. Volksp.),
- Dr. Gieseler, Reichswehr (Demokrat),
- Dr. Brauns, Arbeit (Zentrum),
- Dr. Luther, Finanzen (D. Volksp.),
- Graf Kautz, Ernährung (parteilos),
- Hann, Wirtschaft (Demokrat),
- Defer, Verkehr (Demokrat),
- Höfle, Post (Zentrum).

Das zurzeit nichtbesetzte Justizministerium wurde bis jetzt vom Kanzler Dr. Marx vorübergehend verwaltet. Im Laufe des Dienstag fand im Anschluß an eine Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei noch einmal eine Besprechung des Reichskanzlers Dr. Marx mit den Führern der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten statt, worauf Dr. Marx den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei mitteilte, daß er die Verhandlungen mit ihnen als ergebnislos ausgeben müsse. Darauf erfolgte alsbald die Ernennung des Dr. Marx zum Reichskanzler, und er bildete mit Genehmigung des Reichspräsidenten die Regierung aus den bisherigen Ministern. Die vorher laut gewordenen Pläne zur Ersetzung einzelner Persönlichkeiten durch andere wurden ausgegeben. Der besonders unsippen Dr. Stresemann bleibt Leiter der auswärtigen Politik.



Dr. Marx.

### Der Reichskanzler spricht.

Berlin, 4. Juni.

Sofort nach Eröffnung der heutigen Reichstags-Sitzung nachmittags 5 Uhr nahm Reichskanzler Dr. Marx das Wort zu folgender Erklärung:

Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, dem neuverwählten Reichstag die Reichsregierung vorzustellen. Der Herr Reichspräsident hat alle Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Ämtern bestätigt. Die auch bei dieser Kabinettsbildung zu bewältigenden Schwierigkeiten sind Ihnen bekannt. Ihren tiefsten Grund haben sie in der ernsten und beängstigenden außenpolitischen Lage des Reiches. Es ist durchaus verständlich, daß nach langen vergeblichen Bemühungen Deutschlands, zu einem wahren Frieden zu gelangen, der Meinungsstreit über die einzuschlagenden Wege bewegter und bestiger ausgeht, als die Einmütigkeit über das zu erreichende Ziel der Befreiung Deutschlands es zu rechtfertigen scheint. Seit Jahren sieht die deutsche Politik unter dem Druck der außenpolitischen Verhältnisse. Im besonderen Maße ist das jetzt der Fall, da die beherrschenden Fragen der großen internationalen Politik die Stellungnahme der beteiligten Völker zum Gutachten der Sachverständigen über das Reparationsproblem ist. Nach der Überzeugung der Reichsregierung ist das für Deutschland die Lebensfrage. Die Lage unserer Wirtschaft ist trostlos, wenn nicht gar verzweifelt. Renner unseres Wirtschaftslebens sind darüber einig, daß im allerzürstesten Frist eine Entspannung auf dem Gebiete der Weltwirtschaft erfolgen muß, wenn nicht die ganze Wirtschaft erliegen soll.

Ein Ausweg aus der schon zu lange andauernden schweren wirtschaftlichen Krise, die Deutschland durchlebt, sah die Reichsregierung in dem Gutachten, das eine Reihe namhafter ausländischer Sachverständiger der Reparationskommission erstattet hat.

Sie hat deshalb durch ihre Note vom 17. April die Anfrage der Reparationskommission dahin beantwortet, daß sie in dem Gutachten eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems erblickt, und daß sie deshalb bereit sei, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zuzusichern. Im Einklang mit dieser Erklärung wird die jetzige Reichsregierung die bereits im Gange befindlichen und, wie ich ausdrücklich bemerken möchte, durch die Regierungsbildung nicht verzögerten Vorarbeiten zur Durchführung des Gutachtens fortsetzen. Das Organisationskomitee für die Goldnotenbank, für die Reichseisenbahn und für die Industrieobligationen haben ihre Arbeiten bereits aufgenommen. Es wird Aufgabe dieser Komites sein, die in dem Sachverständigen-Gutachten noch vorhandenen Lücken auszufüllen und Unklarheiten, sowie textliche Widersprüche aufzuklären. Es müssen dabei die Befugnisse der Komites völlig klar-

gestellt und abgegrenzt werden, in besonderem Maße auch die Zweifel beseitigt werden, die hinsichtlich der deutschen Mehrheit in dem Verwaltungsrat der Reichsbahn vorhanden sind. Wenn die Arbeiten dieses Komites zu einer Einigung geführt haben, wird die Reichsregierung alsbald die für die Regelung dieser drei Materien notwendigen Gesetzentwürfe den gesetzgeberischen Körperschaften vorlegen.

Ferner müssen auch die Fragen, die mit der Inanspruchnahme der Bölle und Verbrauchsabgaben in Zusammenhang stehen, mit der Gegenseite erörtert und die Befugnisse des Komites dafür klargestellt werden. Außerdem muß die Tätigkeit des Agenten für die Reparationszahlungen noch in einzelnen Fragen geregelt werden.

Das Gutachten kann nach der Ansicht der Sachverständigen selbst nur als Ganzes angenommen oder verworfen werden.

Die Reichsregierung ist bereit, alles, was an ihr liegt, zu tun, um die in Angriff genommenen Vorarbeiten zu beschleunigen und das Sachverständigengutachten in die Wirklichkeit umzusetzen. Sie hofft dabei auf schnelle Mitarbeit des Reichstages. Die von unserer Seite zu erlassenden Gesetzentwürfe und Anordnungen werden erst in Kraft treten, wenn klar und eindeutig feststeht, daß auch die Gegenseite das Gutachten als ein unteilbares Ganzes unverändert annimmt, und wenn Gewißheit dafür gegeben ist, daß die Gegenseite gleichzeitig alle die Maßnahmen trifft, die in dem Gutachten als notwendig bezeichnet sind, um die deutsche Leistungsfähigkeit wieder herzustellen.

Die wirtschaftliche und finanzielle Einheit Deutschlands und seine Verwaltungshoheit müssen gleichzeitig wieder hergestellt werden, weil anders die Leistungen, die in dem Gutachten verlangt werden, nicht aufgebracht werden können.

Die ungeheuren Opfer für das deutsche Volk sind nur tragbar, wenn allen Deutschen die Möglichkeit gegeben wird, in ihrer Heimat sich angeführt der Arbeit hinzugeben. Die innere Bereitschaft, die für die Steigerung der Produktion und die Übernahme so schwerer Lasten notwendig ist, kann nicht geschaffen werden, solange

das traurige Schicksal vieler Tausender Betriebener lastet und beunruhigt. Ihnen Freiheit und Heimat und ihrer Freiheit beraubter Deutschen die Nation bewiedergzugeben, ist ein unerlässliches Ziel, von dem die Reichsregierung nicht abgehen kann.

Wenn so das Gutachten in dem Geiste ehrlicher Verständigung, in dem es entstanden ist, als Ganzes von allen beteiligten Regierungen angenommen und durchgeführt wird, werden wir wieder auf eine vertragliche Grundlage mit unseren Reparationsgläubigern kommen.

Es ist sehr folgerichtig und unerlässlich, daß die vertragliche Basis überall wieder hergestellt wird, sowohl bezüglich des auf Grund des Vertrages von Versailles besetzten linksrheinischen Gebietes, als auch bezüglich der über den Vertrag von Versailles hinaus hinaus besetzten Gebiete. Das wird in sich schließen, daß in dem altbesetzten Gebiete das Rheinlandabkommen wieder hergestellt und loyal gehandhabt wird und

daß die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt werden.

Die Regierung wird sich mit aller Entschiedenheit für die gerechte Lösung dieser Frage einsetzen. Die Sachverständigen haben diese Frage bewusst nur deshalb offen gelassen, weil ihre Lösung über ihren Aufgabekreis hinausgeht. Aber sie haben selbst ganz klar darauf hingewiesen, daß die über ihre Zuständigkeit hinausgehenden politischen Fragen zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Regierungen unmittelbar geregelt werden muß. Die Reichsregierung sieht hierin eine ihrer vornehmsten und dringendsten Aufgaben. Nach der Überzeugung der Reichsregierung müssen vor dieser lebenswichtigen, für die Einheit des Reiches wie für die deutsche Wirtschaft gleich bedeutsamen Fragen der Außenpolitik alle innerpolitischen Fragen, mögen sie auch noch so wichtig erscheinen, vorerst zurücktreten. In besonderer Absicht unterlassen wir es deshalb, in der gegenwärtigen Stunde auf Fragen der inneren Politik einzugehen. Bei den großen Entscheidungen, die wir in der Außenpolitik zu treffen haben, ist es Pflicht, die gesamten Kräfte der Nation für diese ernste und schwere Aufgabe einzusetzen, ist es Pflicht, auch die drückenden Sorgen des Alltags in dem Bewußtsein zurückzustellen, daß erst nach Klärung und Beseitigung unserer außenpolitischen Schwierigkeiten der Wiederaufbau im Innern auf staatlichem, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete in Angriff genommen werden kann. Die Reichsregierung wird ihre ganze Kraft in die Arbeit setzen, die zur schnellen Durchführung des Sachverständigengutachtens erforderlich ist, und stets ihr Augenmerk darauf richten, daß die sich daraus für das ganze Volk ergebenden schweren Lasten nach Maßgabe der Tragfähigkeit gerecht verteilt werden.

Angesichts der verzweifelten wirtschaftlichen Lage, in der sich die deutsche Wirtschaft zurzeit befindet, beschwört die Reichsregierung den Reichstag und das deutsche Volk, die in den letzten Monaten langsam, wenn auch unter Fiebersehauern eintreffende Gesundung Deutschlands durch Uneinigkeit und zersetzenden Kampf nicht zu fördern.

Wer wird noch Hilfe bringen können, wenn Deutschland noch ein zweites Mal so dicht an den Abgrund kommen sollte, wie dies im November vorigen Jahres der Fall war? In den kommenden Wochen handelt es sich darum, den eingeleiteten Gesundungsprozess durchzuführen und die deutsche Wirtschaft zu retten. Alle die schweren Opfer, die das deutsche Volk in den letzten Monaten zur Rettung vor dem Zusammenbruch auf sich genommen hat, wären vergebens gewesen, wenn wir jetzt bis zur Erreichung des Zieles nicht hart blieben. Wir dürfen nicht die unähn-

## Herriot und die deutschen Naturalleistungen.

Paris, 5. Juni. „Devoir“ veröffentlicht einen Bericht des Ausschusses für die zerstörten Gebiete. Nach dem Bericht hat der Generalsekretär des Ausschusses von Herriot die Zusicherung erhalten, daß er sofort nach der Kabinettsbildung das Gesetz, betreffend die Kriegsschäden, das die Ausführung der deutsch-französischen Abmachungen über die Naturalleistungen vorsieht, zur Anwendung bringen werde. Seine dahingehenden Absichten werden in der Regierungserklärung ausdrücklich unterstrichen sein.

### Pertinax und die Kanzlererklärung.

Paris, 5. Juni. Zu der gestrigen Rede des Reichskanzlers äußert sich Pertinax im „Echo des Paris“: Er stelle fest, daß die Berichtigung des Sachverständigen-Gutachtens fordern und wie Poincaré, nur von einem anderen Standpunkte aus, in dem Gutachten Unklarheiten, Lücken und Widersprüche feststelle. Pertinax bemerkt, Frankreich wolle eine Kontrolle über Deutschland behalten. Es denke gar nicht daran, die militärische Okkupation aufzuheben, denn so unzulänglich, wie sie auch sei, so bürgere sie doch dafür, die wirtschaftliche Okkupation im Notfall wieder aufgenommen werden könne. Pertinax behauptet, daß Herriot in seinem Brief an Leon Blum sein Programm nur ungenau skizziert habe. Man müsse von der neuen französischen Regierung vor allem eine Bestätigung der Vorbehalte verlangen, mit denen Poincaré das Sachverständigen-Gutachten beileidet habe.

### Freispruch im Prozeß gegen die Seekt-Attentäter.

Berlin, 5. Juni. Gegen die Ankläger des Mordanschlags gegen General v. Seekt wurde heute vormittag das Urteil verkündet. Das Gericht stellte fest, daß die beiden Angeklagten ohne Zweifel die Beseitigung des Generals von Seekt wünschten. Wohl kann ein Urteil nicht erfolgen, da eine Vereinbarung gemäß § 49 nur dann vorliegt, wenn diese überein-

stimmend ihren ersten Willen zur Tat zum Ausdruck gebracht haben. Das Gericht verurteilte Freispruch. Die Angeklagten werden auf Staatskosten freigelassen.

### Das deutsch-chinesische Abkommen.

Peking, 5. Juni. Der Präsident ersuchte beide Häuser des Parlaments, am Donnerstag Sonderkonditionen abzuhalten, in denen der Premierminister Erklärungen über die deutsch-chinesischen Verhandlungen abgeben wird. Falls das Parlament das deutsch-chinesische Abkommen billigt, erfolgt die Unterzeichnung wahrscheinlich am Freitag oder Sonnabend.

### Die deutsch-österreichischen Verhandlungen

Wien, 5. Juni. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland sind provisorisch nahezu beendet. Der formale Abschluß wird jedoch erst etwas später erfolgen können, da die Verhandlungen augenblicklich mit Rücksicht auf die politischen Vorgänge in Deutschland unterbrochen wurden.

### Eine neue Krisis in der englisch-russischen Konferenz.

London, 5. Juni. Der langsame Fortgang der englisch-russischen Konferenz hat sich abermals zu einer Krisis zugespitzt. Die Russen kamen auf ihre Forderung einer Bürgschaft durch die Regierung zurück und drohten mit der Abreise, falls sich MacDonald weigere, diese Forderung zu erfüllen. Nach einigen Meldungen soll die russische Forderung sogar in Form eines Ultimatum gestellt worden sein. Man erwartet, daß die am Mittwoch stattfindende Vollziehung der Konferenz in der einen oder anderen Weise eine Klärung der Lage bringen wird.

### Kriegsgefahr zwischen Amerika—Japan?

Washington, 5. Juni. Der frühere Admiral Fisher hat an den Marine-Sekretär einen Brief gerichtet, in dem er die amerikanische Regierung auf die Möglichkeit eines Krieges mit Japan aufmerksam macht.